

Die Stadt soll weiterhin Eigentümerin bleiben

PARKHÄUSER SPD und Interessengemeinschaft stellen Forderungen

VON MICHAEL GREUEL

Bad Münstereifel. Im Hinblick auf die geplanten Parkhäuser, die im Rahmen des City-Outlet-Projekts an der Großen Bleiche, der Alten Zimmerei und der Feuerwache errichtet werden sollen, gibt es weiterhin eine Vielzahl an Fragen. Einige dieser Unklarheiten griffen jüngst unabhängig voneinander die neu gegründete Interessengemeinschaft (IG) Stadtentwicklung und der Ortsverband der SPD auf. Dabei geht es unter anderem um die Eigentumsverhältnisse der für die Neubauten vorgesehenen Grundstücke. Für die Genossen, die die geplanten Parkhäuser an der Bleiche und der Zimmerei ablehnen, ist in dieser Hinsicht klar: „Die Stadt Bad Münstereifel muss Eigentümerin der Grundstücke bleiben oder zumindest eigentümerähnliche Rechte behalten.“

Schließlich sei die Verwaltung in der Pflicht, auch für die Möglichkeit eines Scheiterns des City-Outlets Vorkehrungen zu treffen, erklären die Genossen. Daher könne es sich die Stadt nicht leisten,

ihre Gestaltungs- und Entscheidungsmöglichkeiten zu verlieren. Die SPD fordert, dass es auch in Zukunft Parkplätze in der Kurstadt gibt, über deren Gebührenhöhe allein die Stadt zu entscheiden habe. „Die Stadt kann es sich darüber hinaus finanziell nicht erlauben,

„Die IG schlägt vor, im Bereich Trierer Straße eine Parklandschaft einzurichten

sich auf unabsehbare Zeit einer ihrer Einnahmequellen, die Parkgebühren, selbst zu berauben.“

In diese Kerbe schlagen auch die Verantwortlichen der Interessengemeinschaft, die sich weiterhin gegen alle drei vorgesehenen Neubauten aussprechen. In einer Pressemitteilung rechnen sie vor, dass die Stadt mit den aktuell bereits vorhandenen Parkplätzen und 800 weiteren Stellplätzen im Goldenen Tal jährlich 1,6 Millionen Euro an Parkgebühren erwirtschaften könnte. Bisher seien es gerade einmal etwas über 300 000 Euro. Zu-

dem gebe es die Möglichkeit, nach Bedarf die Stellplätze an der Unterführung der B51 im Norden der Stadt auszubauen. Die geplanten Parkhäuser seien somit überflüssig. Stattdessen sollten der Bereich Trierer Straße und der Weg entlang der Erft ansprechend gestaltet werden. So schlägt die IG vor, am südlichen Stadteingang eine Parklandschaft als Erholbereich zu schaffen.

Die Stadtverwaltung wollte auf Nachfrage des „Kölner Stadt-Anzeiger“ nicht detailliert auf diese Anmerkungen eingehen. Aus dem Rathaus hieß es lediglich, die Stadt sei aus rechtlichen Gründen dazu verpflichtet, beim Verkauf ihres Vermögens den vollen Wert zu erzielen.

Dies gelte auch für „die Überlassung der Nutzung eines Vermögensgegenstandes“. Darüber wache die Kommunalaufsicht. Zudem würden die Zahlen, die von der IG Stadtentwicklung genannt würden, nicht mit der heutigen Ertragslage übereinstimmen und seien darüber hinaus auch nicht nachvollziehbar.